

Ein Testament für die Kultur

Wenn jeder Schweizer der Kultur ein Prozent seines Vermögens vererben würde, wäre die Kultur Geldsorgen los. Diese Idee verfolgt das Erbprozent Kultur.

Winterthur: Den vermögenden Bewohnern ist es zu verdanken, dass sich Winterthur als Kulturstadt rühmen darf. Sie haben tief in die Taschen gegriffen, um den tieferen Bevölkerungsschichten Kultur zu ermöglichen. Heute fehlen die Mäzene von damals. Vielen Stiftungen geht langsam das Geld aus – und auch die Stadt ist zurzeit nicht auf Rosen gebetet.

Politik und Kultur suchen Lösungen – wie alternative Finanzierungsmöglichkeiten und private Trägerschaften. Eine dieser Ideen ist das Erbprozent Kultur. Sie sieht vor, dass jede Person – Herkunft, Geschlecht oder Vermögen spielen dabei keine Rolle – ein Prozent an die Stiftung Erbprozent Kultur vererbt. Gemäss Stiftung werden in der Schweiz jährlich rund 40 Milliarden Franken vererbt – eine schöne Stange Geld. Statt das nur wohlhabende Private oder der Staat Kultur finanziert, soll das Erbprozent die erste auf Demokratie und Solidarität basierende Kulturförderung der Schweiz werden. Der Vorteil: Jeder kann ohne grosse Ein-



Gemeinsam Kultur fördern – das ist die Idee von Erbprozent Kultur. Bild: pd.

trittshürden Kultur mittragen und mitgestalten.

Spender dürfen mitgestalten

Das Konzept des generationenübergreifenden Projekts ist einfach: Auf der Website der Stiftung kann der Erblasser das Dokument für das Erbversprechen herunterladen und ausfüllen. Dieses ergänzt dann allfällige weitere Testamente. Eine Kopie geht an die Stiftung und das Original bleibt beim Verfasser. Die Stiftung hat so den Überblick, wie viele ein Erbversprechen zu ihren Gunsten verfasst haben. Bisher haben sich über 60 Personen in der

Schweiz der Idee mit einem Erbversprechen angeschlossen.

Doch wer erhält dann Geld aus dem Pool der Stiftung? Und wie wird das entschieden? Das Verfahren und die Kriterien sind zurzeit noch nicht festgelegt. Wichtig ist den Initianten die Partizipation: Die Spender sollen den Begriff Kultur gemeinsam definieren, dafür werden sie zweimal pro Jahr an ein Forum eingeladen. Ob Publikumsförderung oder aktives Scouting – erste Ideen sind bereits da. «Da erben kein Verdienst ist, wird niemandem ein Prozent weggenommen, aber viel Künftiges ermöglicht», schreibt der Mitinti-

ant Ueli Vogt von der Klimalandsgemeinde auf der Website.

Noch werden keine Fördermittel ausgezahlt – die Stiftung befindet sich im Aufbau. Ab 2017 können – so hofft die Stiftung – erste bescheidene Fördermittel ausgezahlt werden. Dies nicht weil bis dann die ersten Erblasser verstorben sind, sondern weil auch ein Vorlass, Vererben zu Lebzeiten, möglich ist.

Zwölf Kantone beteiligen sich

Für den Aufbau der Stiftung werden keine Mittel aus den Erbversprechen verwendet. Die zweijährige Initialphase finanziert sich über Sponsoring und Fördergelder von Kantonen. Bisher beteiligen sich zwölf Kantone an der Idee, darunter auch der Kanton Zürich.

Die Idee Erbprozent Kultur ist in Appenzell Ausserrhoden am Diskussionsforum Kulturlandsgemeinde im Mai 2015 entstanden. Entwickelt wurde die Stiftung von Margrit Burer und Ueli Vogt von der Kulturlandsgemeinde von Appenzell Ausserrhoden sowie Marcus Gossolt, Philipp Lämmlin und Gloria Weiss von der Alltag Agentur. Seit April gibt es nun eine Geschäftsstelle, die die Kulturmanagerin Esther Widmer und der Kommunikationsverantwortliche Jürg Weibel führen. *Salome Kern*

Weitere Informationen:
www.erbprozent.ch

Wo Fundsachen künftig landen

Winterthur: Stadtpolizei und Stadtbus Winterthur organisieren die Fundsachenverwaltung neu. Als Folge davon wird die Stadtpolizei ab Herbst die Fundsachenverwaltung an einen privaten Träger, die Brühlgutstiftung, ausgliedern. Stadtbus wird sich ab 1. Juli dem Fundservice der SBB anschliessen. Die neue Lösung sei, so die Stadt, kundenfreundlich und entspreche dem üblichen Vorgehen an anderen Orten: Wer eine Sache in einem öffentlichen Verkehrsmittel verliert, wendet sich an die SBB; wer eine Sache im öffentlichen Raum verliert, gelangt ans örtliche Fundbüro.

Die beiden künftigen Fundsachenverwalter verwenden die gleiche Software und sind miteinander vernetzt. Unter www.easyfind.ch kann man künftig von zu Hause oder vom Arbeitsort aus eine Fund- oder Verlustanzeige erstatten – dies während 24 Stunden. *red.*

apropos

GLP für mehr Polizeistellen

Winterthur: Die Grünliberalen sind für die Aufstockung der Stadtpolizeistellen. Der Volkswille sei stärker zu gewichten als die Sparmassnahmen. Gleichzeitig fordert die Partei, dass die Stapo alles unternimmt, um als attraktive und zeitgemässe Arbeitgeberin aufzutreten: insbesondere müsse endlich auch Teilzeitarbeit für alle Aufgaben ermöglicht werden. *red.*



Markus Enz (2.v.l.) übergibt die Unterschriften an Stadtrat Stefan Fritschi (l.). ske.

Geballte Kraft für Traglufthalle

Die Initianten haben 2100 Unterschriften gesammelt für eine Traglufthalle im Winter beim Freibad Geiselweid. Jetzt liegt der Ball beim Winterthurer Stadtrat.

Winterthur: 2100 Unterschriften für die Traglufthalle beim Freibad Geiselweid: Letzte Woche übergab das Initiativkomitee die Petition an Stadtrat Stefan Fritschi (FDP). Die Initianten fordern, dass die Stadt das mittels KVV-Fernwärme geheizte Sportbecken im Freibad Geiselweid im Winter mit einer

Traglufthalle überdeckt. Innert zweier Monate haben sie die nötige Unterstützung gefunden. «Leute, die 2012 gegen das Cabrio-Dach waren, weil es im Sommer den Freibad-Charakter beeinträchtigt hätte, unterstützten die Traglufthallen-Lösung», schreibt Markus Enz vom Projektteam.

Stefan Fritschi klärte die Initianten auf, dass sie innert vier Monaten einen Bericht erhalten und der Stadtrat einen Antrag an den Gemeinderat liefert. Die Initiative erhält grosse Unterstützung: Gemeinderäte jeder Partei, ausser von den Grünen, und Verantwortliche aus dem Sport stehen hinter der Idee. *ske.*

politisches schaufenster

Auf der Seite «Politschau» werden politische Themen redaktionell angegangen. Politikerinnen und Politiker sowie Parteien und Organisationen aus Winterthur und der Region haben aber auch die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung zu präsentieren, politische Anliegen zu vertreten und Stellung zu Projekten, Vorlagen und Wahlen zu beziehen. Diese Artikel müssen vom Autor oder von der Partei jeweils namentlich gekennzeichnet sein. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um die politische Positionierung der Redaktion. *red.*

tribüne: fdp-kantonsrat dieter kläy

Sicherheit und Überwachung



Eines der derzeit am heissesten diskutierten Themen ist das Spannungsfeld zwischen der Sicherheit der Gemeinschaft und staatlicher Überwachung des Einzelnen. Egal, ob es um das Nachrichtendienstgesetz, den Staatstrojaner, das neue Polizeigebäude oder den Stellenausbau bei der Winterthurer Stadtpolizei geht, die Themen versprechen heftige Kontroversen und viel Emotionen.

Nur durch Zufall ist die geheime Anschaffung der Spionagesoftware Galileo durch die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich aufgefliegen. Die Mailänder Firma, die diesen Staatstrojaner für über 500'000 Franken produziert hat, ist gehackt worden, was die Software heute wertlos macht. In der Folge kam es in der Öffentlichkeit und im Kantonsrat zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen Befürwortern und Kritikern von Überwachungsmaßnahmen. Eine Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrats wurde anberaumt. Sie hatte die Aufgabe, Licht ins Dunkel der Affäre zu

bringen und eine Bewertung der Vorgänge vorzunehmen. Der Kantonsrat hat kürzlich den Schlussbericht der Geschäftsprüfungskommission diskutiert und grossmehrheitlich den Regierungsrat entlastet. Die Sicherheitsdirektion hat ihren Auftrag, schwere Verbrechen zu bekämpfen beziehungsweise zu verhindern, wahrgenommen. Mit der FDP teilt eine Mehrheit des Kantonsrats diese Einschätzung.

Nachrichtendienstgesetz

Ebenfalls um Staatstrojaner-Fragen geht es im neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG), über welches am 25. September abgestimmt wird. Das NDG verschafft dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bessere Möglichkeiten zur Früherkennung und zum Schutz der Schweiz, ihrer Bevölkerung und des Werk-, Wirtschafts- und Finanzplatzes. Die im NDG vorgesehenen neuen Mittel zur Informationsbeschaffung sind aber nur dann vorgesehen, wenn sie zuvor durch das Bundesverwaltungsgericht, den Sicherheitsausschuss des Bundesrats und den Chef VBS bewilligt worden sind.

Datenschutz vor Täterschutz

Der Kantonsrat hat sich vor ein paar Tagen noch mit weiteren, sicherheitsrelevanten Themen

auseinandergesetzt. Neu darf die Polizei Hotelgäste und Neuzuzüger ohne Verdacht auf Vorstrafen überprüfen. Eine entsprechende Forderung der bürgerlichen Parteien ist vom kantonalen Parlament grossmehrheitlich gutgeheissen worden. Dabei geht es weder darum, Neuzuzüger unter Generalverdacht zu stellen noch darum, eine Verpflichtung für flächendeckende Kontrollen zu schaffen, sondern darum, Verbrechen zu verhindern.

FDP fordert Massnahmen für mehr Sicherheit

Als liberale und der individuellen Freiheit jedes Einzelnen verpflichtete Partei, anerkennt die FDP das Spannungsfeld zwischen kollektiver Sicherheit und individueller Freiheit. Mit dem zunehmenden Terrorismus in Europa müssen wir auch in der Schweiz eine Güterabwägung vornehmen und uns fragen, ob unsere Mittel noch genügen, oder ob punktuell Anpassungen vorzunehmen sind. Die FDP unterstützt Personalaufstockungen bei der Polizei, das Nachrichtendienstgesetz oder der rechtmässige Einsatz von Staatstrojanern mit dem Ziel, schwere Verbrechen zu verhindern.

Dieter Kläy, Winterthur, FDP-Kantonsrat

Traglufthalle Geiselweid. Im Herbst aufstellen, im Frühling abräumen – eine bestechende Idee



Mehr Platz für alle zum Schwimmen, für die Fitness oder einfach zum Baden. Dank einer flexiblen Traglufthalle soll dies im Freibad Geiselweid auch in der kalten Jahreszeit möglich werden. Im Herbst aufstellen – im Frühling wieder versorgen. So einfach ist es.

Die FDP unterstützt die Initiative und engagiert sich mit den Gemeinderäten Markus Wenger und Christoph Magnusson im Komitee. In nur zwei Monaten wurden über 2100 Unterschriften gesammelt und konnten letzten Donnerstag Stadtrat Stefan Fritschi übergeben werden.

Der Initiativtext: «Die Unterzeichnenden fordern, dass die Stadt das mittels KVV-Fernwärme geheizte Sportbecken im Freibad Geiselweid im Winter mit einer Traglufthalle überdeckt, um das von der Kasak festgestellte Manko an Wasserfläche während der kalten Jahreszeit zu beheben. Die Traglufthalle wird jeweils im Herbst auf- und im Frühling abgebaut. Damit sollte es möglich sein, den Schulen, der Öffentlichkeit und den Wassersportvereinen im Winter genügend Wasserfläche zur Verfügung zu stellen.» Die Begründung des Komitees dazu: Schwimmen ist eine der gesündesten Sportarten.

Leider fehlt es in Winterthur vor allem im Winter an gedeckter Wasserfläche. Da mangels Finanzen in absehbarer Zeit nicht mit dem Neubau eines Hallenbads gerechnet werden kann, schlagen die Initianten vor, das Freibad Geiselweid im Winter mit einer modernen Traglufthalle zu überdecken. Diese weisen heute vertretbare Wärmedämmeigenschaften auf und genügen damit auch ökologischen Anforderungen.

Weitere Gründe wieso die FDP-Fraktion diese Initiative unterstützt: Die nächsten zehn Jahre wird aus finanziellen Gründen in Winterthur kein zweites Hallenbad gebaut werden. Mit einer geringen Investition von einer Million Franken ist eine kostengünstige Übergangslösung machbar.

Eine Traglufthalle hat eine beeindruckende Haltbarkeit von zehn bis fünfzehn Jahren. Damit schaffen wir uns viel Zeit und Freiraum für spätere Lösungen. Schon oft hatten Provisorien ein langes Leben weil die Grundidee dazu einfach gut war. Eine Traglufthalle im Winter, weil wir mehr gedeckte Schwimmfläche ganz einfach brauchen – und im Sommer soll das Freibad so schön bleiben, wie es ist.

Markus Wenger, Winterthur, FDP-Gemeinderat



Eine Traglufthalle im Freibad Geiselweid würde mehr Platz zum Schwimmen bieten. Bild: pd.